

Schweiz

Wenn Eltern den Tod der Kinder in Kauf nehmen

Kinderärzte sind besorgt: Zunehmend ernähren Eltern ihre Kinder vegan, bis sie krank werden. Andere verweigern ihnen eine möglicherweise lebensrettende Krebstherapie. Oft aus ideologischen Gründen.

Von Simone Rau

Als die Rettungssanitäter im Februar 2010 bei Familie Huber* eintrafen, war Jonas bereits bewusstlos, sein Herz-Kreislauf-System zusammengebrochen. Ein paar Minuten später - und der 7-jährige wäre wohl gestorben. Die Eltern hatten Jonas über Jahre vegan ernährt, also ohne tierische Produkte. Und sie hatten es unterlassen, ihn zu impfen. Er erkrankte daraufhin an Diphtherie. Selbst als er kaum mehr atmen konnte und die Nahrung verweigerte, handelten die Eltern nicht. Ebenso wenig stutzig machte sie der Umstand, dass Jonas nur noch auf dem Rücken liegen konnte; seine Beweglichkeit war massiv eingeschränkt. Erst als seine Atmung ganz aussetzte, alarmierten die Eltern den Notruf.

Im Mai dieses Jahres wurde das Paar vom Kreisgericht Mels wegen Körperverletzung zu 23 Monaten Gefängnis bedingt verurteilt. Laut dem «St. Galler Tagblatt» ist die vollständige Genesung des Kindes unwahrscheinlich. Seine vegane Ernährung hat zu teils irreparablen Schäden des Nervensystems, der Sinnesorgane, der Muskeln und der Knochen geführt.

Unterernährt und apathisch

Sind Jonas' Eltern ein Einzelfall? Leider nein, sagt Oswald Hasselmann vom Ostschweizer Kinderspital in St. Gallen. Es gebe immer wieder Eltern, die ihre Kinder vegan ernährten, bis sie krank würden. «In den letzten drei Jahren hatten wir sieben solcher Fälle - und das war wohl nur die Spitze des Eisberges. Alle diese Kinder waren unterernährt, in ihrer kognitiven und emotionalen Entwicklung deutlich verzögert, apathisch.» Als die Kinder ihm nach einem monatelangen Leidensprozess vorgestellt worden seien, hätten sie nicht einmal mehr die normale Kindernahrung akzeptiert. Lediglich Muttermilch sei für sie noch verträglich gewesen. Und sie hätten sich ständig übergeben müssen.

Das Problem ist laut Hasselmann nicht die vegane Ernährung an sich, sondern der - bewusste oder unbewusste - Verzicht der Eltern auf zusätzliches Vitamin B 12. «Es ist nicht so, dass die Eltern ihren Kindern willentlich Schäden zufügen. Entweder sie wissen nicht, wie wichtig Vitamin B 12 für die Entwicklung des Nervensystems ihres Kindes ist. Oder sie wissen es, wollen ihm aber aus ideologischen Gründen keine Vitamintabletten geben.» Die schweren Folgen dieses Verzichtes könnten sie im Detail nicht abschätzen. Sie nähmen diese - wie im Fall von Jonas - aber indirekt in Kauf. Das Erschreckende daran sei, dass sich manche Beeinträchtigungen nie wieder gutmachen liessen.

Auch am Kinderspital Zürich habe es in den letzten Jahren «auffällig viele» Fälle vegan ernährter Kinder mit Man-



Nicht alle Kinder können im Spital optimal versorgt werden - wegen ihrer Eltern. Foto: Keystone

gelerscheinungen gegeben, sagt der Leiter der Abteilung für allgemeine Pädiatrie und der Kinderschutzgruppe, Ulrich Lips. Seiner Einschätzung nach nimmt die Zahl geschädigter Kinder zu: «Behandelten wir vor zehn Jahren noch einen Fall pro Jahr, sind es heute rund fünf Fälle jährlich.»

Das Gipfeli ausgedredet

In den meisten Fällen würden sich die Eltern einsichtig zeigen, sobald sie merken, wie schlecht es den Kindern gehe, sagt Lips. Kooperierten sie nicht, werde die Kinderschutzgruppe eingeschaltet. Dies war laut Lips letztmals nötig, als die Mutter eines schwer kranken, stationär behandelten Kindes bei Besuchen und am Telefon immer wieder versuchte, das Kind zu «indoktrinieren». So habe die Veganerin ihm etwa das Gipfeli aus-

geredet, das es vom Spitalpersonal zum Frühstück bekommen habe. «Das Kind war hin und her gerissen zwischen den Eltern und unserer Institution. Da mussten wir eingreifen, schliesslich war es nur knapp dem Tod entgangen.»

Auch am Inselspital Bern hatte die Kinderschutzgruppe schon mehrfach mit Fällen uneinsichtiger Veganer-Eltern zu tun. Statt wie andere Eltern den Kindern sofort Vitamin B 12 abzugeben, liessen sie sich durch nichts umstimmen, sagt Psychologin Mischa Oesch. Sie seien zutiefst davon überzeugt, das Richtige für ihre Kinder zu tun. «Egal, mit welchen Argumenten wir es versucht haben: Gegen ihre Überzeugung war kein Kraut gewachsen.»

Laut Oesch nimmt der Wunsch nach Selbstbestimmung bei Eltern kranker Kinder stetig zu. Sie wüssten besser als

früher, was sie für ihre Kinder wollten - und was nicht. Dies gelte auch für Paare, die mögliche schulmedizinische Therapien ablehnten - etwa bei Krebserkrankungen.

«Nicht Polizisten - nur Ärzte»

«Die häufigste Begründung ist die Überzeugung der Eltern, wonach eine alternativmedizinische Behandlung mit weniger Nebenwirkungen als die schulmedizinische Behandlung zur Heilung von Krebs führt», sagt Roland Ammann, der am Berner Inselspital als leitender Arzt in der pädiatrischen Onkologie tätig ist.

Liessen sich Eltern auch mittels Gesprächen nicht vom Nutzen der schulmedizinischen Therapie überzeugen, sei dies «schwierig» zu akzeptieren. Doch mehr als den eigenen Standpunkt klar machen und den Eltern Unterstützung

für allfällige Komplikationen in der Zukunft anbieten, könne er nicht: «Sie können und sollen nicht dazu gezwungen werden, eine Therapie für ihr Kind zuzulassen, mit der sie nicht einverstanden sind. Wir sind nicht Polizisten - nur Ärzte», sagt Ammann. Und auch er könne den Erfolg der schulmedizinischen Behandlung nicht garantieren.

Mit 5 Jahren gestorben

Welch fatale Folgen die Verweigerung einer Krebstherapie haben kann, weiss Ulrich Lips vom Kinderspital Zürich. Erst diesen Sommer starb die 5-jährige Mara, die wegen eines bösartigen Nierentumors zur Behandlung hospitalisiert war. Ihre Eltern hatten die Therapie verweigert - und dies, obwohl es anfangs durchaus Grund zur Hoffnung gab:

«Die Kinder gehören nicht den Eltern, sondern sich selbst. Sie haben ein Recht auf Leben.»

Ulrich Lips, Kinderspital Zürich

Als man den Tumor entdeckte, lag die Chance auf Heilung laut dem Kinderschutzgruppenleiter bei 90 Prozent. Doch die Eltern lehnten die Therapie ab. Ein halbes Jahr später erlitt das Mädchen einen Rückfall, die Chance lag noch bei 50 Prozent - «bedeutend tiefer, aber immerhin», sagt Lips. Als Mara schliesslich nach Zürich gebracht wurde, war es bereits zu spät: Sie starb innert kürzester Zeit. Für Lips unfassbar: «Ob das Mädchen mit unserer Therapie überlebt hätte, wissen wir nicht. Aber es gar nicht erst zu versuchen? Das ist doch kein normales Verhalten von Eltern.»

Auch die Geschichte von Mara ist kein Einzelfall, wie Lips betont. Immer wieder treffe er auf Eltern krebskranker Kinder, bei denen «das Ideologische deutlich spürbar ist, wenn nicht im Vordergrund steht und so das rationale Abwägen und Entscheiden verdrängt». Natürlich gebe es auch Eltern, die schlechte Erfahrungen mit der Schulmedizin gemacht hätten - beispielsweise den Krebs Tod eines Verwandten trotz Chemotherapie erlebt hätten. Oder sie hätten die Hoffnung auf Genesung ihres Kindes bereits verloren. In solchen Fällen könne er die Skepsis oder gar Ablehnung der Eltern eher nachvollziehen. Doch: «Die Kinder gehören nicht den Eltern, sondern sich selbst», sagt Lips. «Sie haben eigene Rechte - ganz besonders auf das Leben.»

*Namen geändert.

Lesen Sie morgen im «Tages-Anzeiger» das Interview mit einem Ethiker.

Die FDP lässt sich nicht beeindrucken vom Angriff der SVP

Die Freisinnigen wollen der SVP zwei Bundesratssitze zugestehen, obwohl SVP-Exponenten neuerdings mit einem Angriff auf Johann Schneider-Ammann drohen.

Von David Schaffner, Bern

Mit demonstrativer Gleichgültigkeit reagierte die FDP gestern auf die neuste Kehrtwende aus Kreisen der SVP, wonach die Volkspartei bei den Bundesratswahlen auch Johann Schneider-Ammann ins Visier nehmen will. «Die Wochen vor den Gesamterneuerungswahlen sind eine Zeit des Säbelrasselns», meint FDP-Fraktionschefin Gabi Huber. «Ich nehme das mit grosser Gelassenheit zur Kenntnis.»

Angreifen will die SVP laut «Sonntags-Zeitung» und «Sonntag» dann, wenn es ihr nicht gelingt, den Sitz von Eveline Widmer-Schlumpf zu erobern. Hinter der neuen SVP-Strategie stehen einflussreiche Köpfe wie der Zürcher Nationalrat Christoph Mörgele, die bisher einen Angriff auf die FDP nicht öffentlich in Erwägung gezogen oder gar explizit ausgeschlossen haben. Für die FDP ist der Positionswechsel eine schlechte Nach-

richt. Sie tritt dafür ein, dass die drei stärksten Parteien SVP, SP und FDP je zwei Sitze erhalten sollen. Nun sichern ihr aber weder die SP noch die SVP ihrerseits Unterstützung zu. Mit mehr oder weniger grosser Sicherheit kann der Freisinn nur noch auf die Stimmen der Kleinpartei BDP zählen. Deren Präsident Hans Grunder betont seit Wochen, dass er der SVP keinen zweiten Sitz geben will.

Obwohl sich die Ausgangslage für die Rettung des zweiten FDP-Sitzes verschlechtert, hofft die FDP darauf, dass SP und SVP es letztlich nicht wagen werden, ihr einen Sitz wegzunehmen: «Das Schweizer System baut auf Institutionen auf, nicht auf Personen», warnt FDP-Nationalrat Ruedi Noser. «Wollen andere Parteien gegen die Konkordanz verstossen, wonach die drei stärksten Parteien zwei Bundesratssitze erhalten, müssen sie ein anderes stabiles System vorstellen.»

Gefahr der Instabilität

Den Anhängern von Widmer-Schlumpf geht es laut Noser einzig um die Person der Bundesrätin. Wäre sie nicht bereits in der Regierung, würde kein Mensch einen BDP-Sitz verlangen. «Was ist, wenn Widmer-Schlumpf nach einer allfälligen Wiederwahl plötzlich ausfallen

würde?», fragt Noser. «Dann wäre völlig unklar, wer ihren Sitz beerben könnte, da ein stabiles System fehlen würde.» Das Risiko einer solchen Instabilität würden SP und SVP nicht eingehen, auch wenn sie sich nun anders äussern, glaubt Noser.

Tatsächlich ist sich die SP bewusst, dass sie nicht ohne gute Begründung gegen die bisherige Auslegung der Konkordanz verstossen kann: Deshalb drängt sie darauf, dass CVP und BDP möglichst eng zusammenarbeiten (TA vom Samstag). Nur wenn das Parlament die Wählerprozentage von CVP und BDP zusammenzahlen könne (17,7 Prozent), lasse sich unter dem Gesichtspunkt der Konkordanz rechtfertigen, dass die beiden Parteien insgesamt zwei Sitze erhielten und die FDP (15,1 Prozent) nur einen. GLP-Präsident Martin Bäumle drängt in der «NZZ am Sonntag» ebenfalls darauf, dass sich BDP und CVP «verbindlich» zusammenschliessen.

Darauf hat sich die FDP bereits argumentativ vorbereitet: «Die Zusammensetzung der Regierung muss den Wählerwillen so gut wie möglich widerspiegeln», sagt FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen. Und die Mitteparteien seien nun einmal selbstständig in die Wahlen gezogen. Da sei es unredlich,

sich plötzlich als Einheit zu sehen. Überdies sieht Wasserfallen ein Problem der Repräsentation: «Ich kann mir nicht vorstellen, dass die GLP-Wähler eine BDP-Ministerin als ihre eigene Bundesrätin ansehen.» Wasserfallen und Noser äussern sich auch vehement dagegen, aufgrund der neuen Ausgangslage zusammen mit Mitte-Links auf Kosten der SVP die beiden FDP-Sitze zu verteidigen.

CVP unter dem Namen BDP?

In der CVP wächst derweil der Wille, eng mit der BDP zusammenzurücken: Der Aargauer Sektionspräsident Franz Holliger erwägt, an der CVP-Präsidentenkonferenz vom 22. November den Antrag zu stellen, Fusionsgespräche aufzunehmen. Er wäre gar bereit, die neue Partei unter dem Namen BDP zu führen und das Label CVP zu begraben. Damit löse sich das Problem des katholischen «C», mit dem sich immer weniger Wähler identifizieren würden. Der abgewählte Nationalrat Urs Hany kann sich ebenfalls vorstellen, den Namen zu wechseln. Parteipräsident Christophe Darbellay wollte diese Ideen gestern nicht kommentieren. Überhaupt keine Freude hat daran BDP-Präsident Hans Grunder, der eine Fusion bisher kategorisch ausgeschlossen hat.

Bundesrat will kein zweites Hilfspaket

Ein zweites Hilfspaket für die unter dem starken Franken leidende Wirtschaft ist laut Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann derzeit nicht vorgesehen. Zunächst müsse die Wirkung des ersten Hilfspakets abgewartet werden, sagte er in einem Interview mit der Westschweizer Sonntagszeitung «Le Matin Dimanche».

Aymo Brunetti, der abtretende Chefökonom im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), spricht im Interview mit der «Zentralschweiz am Sonntag» von einer veränderten Ausgangslage: «Als man über die beiden Massnahmenpakete gesprochen hatte, gab es noch keinen Euro-Franken-Mindestkurs.» Seit dem Entscheid der Nationalbank, einen solchen Kurs bei 1.20 Franken festzulegen, werde ein zweites Paket weniger dringlich behandelt. «Man behält das Pulver gewissermassen im Trockenen für den Fall, dass es noch schlimmer kommen sollte», so Brunetti.

Wolle man noch weiter gehen, «würde es sich eher um ein Stabilisierungsprogramm handeln». Voraussetzung wäre nach Ansicht von Brunetti, dass sich «die Lage aber nochmals deutlich in Richtung einer schweren Rezession verschlechtert». (SDA)